



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

13. November 2018

Hinz&Kunzt zum 25. +++ Grundstücke +++ Elbtower +++ Eingabenausschuss +++ HVV-Preise +++ Gedenkstätte Stadthaus

Liebe Leserinnen und Leser,



Was war das für ein Sommer ... mit Fahrradrundfahrten wie hier durch den Hafen. 2019 geht's weiter

auch wenn es dieser mittlerweile 155. »BürgerInnenbrief« nicht so sehr widerspiegelt, aber es ist nur allzu offensichtlich, dass wir in einer Zeit der Polarisierung und des Umbruchs leben. Die RechtsextremistInnen erleben europaweit einen kaum noch für möglich gehaltenen Aufschwung und stellen mittlerweile die eine oder andere Regierung, neue Narrative, Erzählungen zum Begreifen der Welt machen die Runde (z.B. die eines fast verbliebenen Politikers: »die Migration ist die Mutter aller Probleme«), die Parteiensysteme befinden sich in einem grundlegenden Umbruch, bei dem die Sozialdemokratie an den Abgrund gerät, bei Wahlen haben wir es nach wie vor mit einem erheblichen Anteil an NichtwählerInnen zu tun, inzwischen aber auch mit dramatischen WählerInnenwanderungen. DIE LINKE behauptet sich immerhin, aber wir machen uns keine Illusionen, dass die Veränderungen an uns vorbeigehen; auch in der LINKEN sind bekanntlich Konflikte entbrannt. Es ist an der Zeit, über den weiteren Weg in diesem Land, auch in dieser Stadt, über die Alternativen und Perspektiven in einen großen Diskurs einzutreten. Wer mag, kann und soll sich gerne einbringen, auch mit entsprechenden Beiträgen für unseren BürgerInnenbrief.

Derweil sorgen wir uns in Hamburg auch um die vielen, konkret anstehenden Probleme: die zweifelhafte Grundstücks- und Wohnungspolitik des Senats, den geplanten Riesenzentrum an den Elbbrücken, die schon wieder anliegenden HVV-Fahrpreiserhöhungen, die unglaubliche Ignoranz von Senat und Investor hinsichtlich des Umgangs mit dem Stadthaus, der ehemaligen Folter- und Mordzentrale der Gestapo. Von all dem ist in dieser Ausgabe zu lesen. Innerhalb der Linksfraktion liegt der Schwerpunkt darüber hinaus bei der Vorbereitung der dreitägigen Bürgerschaftsberatungen zum Doppelhaushalt 2019/20 am 11. bis 13. Dezember. Die sind schließlich entscheidend dafür, ob die Freie und Hansestadt Hamburg in den kommenden zwei Jahren wenigstens ansatzweise die Konsequenzen aus dem oben Formulierten zieht: vor allem endlich mehr zu tun gegen die immer weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich. Ohne nachhaltige – und mit Blick auf die nächste Finanz- und Wirtschaftskrise rechtzeitige – Schritte zur Umverteilung von oben nach unten werden sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen weiter und noch massiver zuspitzen.

Herausgeberinnen und Redaktion

Happy Birthday, Hinz&Kunzt!

Von Cansu Özdemir, Vorsitzende der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft



Auch Gustav Peter Wöhler und seine Band kamen zum Jubiläum.
(Foto: Dmitrij Lelischuk/www.hinzundkunzt.de)

Das Straßenmagazin wird 25 Jahre alt – ein Vierteljahrhundert! Seit 1993 sind das monatlich erscheinende Heft und die VerkäuferInnen aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Mit rund 530 VerkäuferInnen ist Hinz&Kunzt nicht nur Hamburgs größtes Beschäftigungsprojekt für Wohnungs- und Obdachlose, sondern eine der wichtigsten sozialen Stimmen in der Stadt! Denn Hinz&Kunzt heißt vor allem guter Journalismus, der es schafft, die Interessen von Obdachlosen immer wieder in den Fokus der Politik zu rücken – Störenfried im besten Sinne!

Als Hamburgerin gehört Hinz&Kunzt für mich zu meinem Stadtteil, meiner Infrastruktur, wie die Bücherhallen, Bürgerhäuser, Cafés und Treffpunkte. Das Magazin ermöglicht es mir, den VerkäuferInnen auf Augenhöhe zu begegnen und in Kontakt zu kommen. Es erlaubt mir eine andere Perspektive auf Hamburg, nämlich die derjenigen, die auf der Straße oder in einer der Unterkünfte leben. Besonders beeindruckt hat mich eine Bilderreihe in der Juni-Ausgabe. Darin hat ein rumänischer Fotograf Obdachlose aus San Francisco so fotografiert, als würden sie in ihrem Traumberuf arbeiten.

Als Sozialpolitikerin ist Hinz&Kunzt für mich ein Vorzeigeprojekt, das Hilfe zur Selbsthilfe anbietet und vielen Wohnungs- und Obdachlosen Stütze und Perspektive ist. Und es ist noch viel mehr: Informationsdienst und mein politischer Kompass, wenn es um die Belange und Interessen von wohnungs- und obdachlosen Menschen geht. Eine Stimme, die immer

wichtiger zu sein scheint und auch zukünftig nicht weniger laut sein sollte. Denn mehr als 4.800 Wohnungslose – und damit fast doppelt so viele wie noch vor drei Jahren – leben heute in städtischen Unterkünften. Hinzukommen die rund 2.000 Menschen, die in Hamburg auf der Straße leben. Für diese Menschen ist Hinz&Kunzt die politische Stimme, die Missstände aufzeigt und dafür sorgt, dass deren Themen von der Politik gehört werden. So haben meine Fraktion und ich auch in diesem Jahr die langjährige Forderung vieler Hinz&KunztlerInnen nach einem ganztägig geöffneten Winternotprogramm, das allen obdachlosen Menschen anonym – unabhängig von Nationalität und Herkunft – zur Verfügung steht, wieder in die parlamentarische Debatte eingebracht. Im letzten Jahr hat Jörg Petersen, der selbst mehr als drei Jahre auf der Straße gelebt hatte, zu einer Online-Petition aufgerufen und die ganztägige Öffnung des Hamburger Winternotprogramms gefordert. Bis heute haben mehr als 103.000 HamburgerInnen die Petition unterstützt. Noch ein Ansporn, dass wir uns auch in den kommenden Haushaltsberatungen für die Belange von Wohnungs- und Obdachlosen einsetzen werden.

Liebe Hinz&KunztlerInnen, ich wünsche Euch, dass das Straßenmagazin auch die nächsten 25 Jahre so erfolgreich ist und die streitbare Stimme bleibt, die sie im vergangenen Vierteljahrhundert war. Und ich wünsche Hamburg weiterhin diesen konstruktiven und kreativen Journalismus!

Grundstückspolitik am Gemeinwohl orientieren!

Heike Sudmann fordert, den Verkauf städtischer Grundstücke in Hamburg zu stoppen



Abschied von einem zum Abbruch vorgesehenen Wohnhaus in St. Georg (Foto: M. Joho)

Anders als alle anderen Parteien streitet DIE LINKE vehement gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und öffentlichen Eigentums. Zu dem Eigentum zählen auch die Grundstücke, die sich im Besitz der Stadt befinden. In den ersten beiden Legislaturperioden war es den anderen Parteien noch gelungen, die LINKE aus dem Gremium, in dem alle Grundstücksgeschäfte der Stadt – Ankauf, Verkauf, Erbbaurecht, Nutzung von Vorkaufs- und Wiederkaufsrechten – entschieden werden, herauszuhalten.

Seit der Bürgerschaftswahl 2015 ist die LINKE in Hamburg nun erstmals in der Kommission für Bodenordnung (kurz Bodenkommission) vertreten. Wir haben einen Sitz bei den »Vollmitgliedern«, den ich wahrnehme, sowie jeweils einen stellvertretenden Sitz für die Bezirke Altona, Wandsbek und Bergedorf. Seitdem streite ich vierzehntägig in den nichtöffentlichen Sitzungen vehement gegen den Verkauf öffentlicher Grundstücke und gegen die Ablösung von Erbbaurechten. Mittlerweile werden zwar hin und wieder Erbbaurechte vergeben, aber die verstärkte Nutzung des Erbbaurechts, wie sie in 2016 noch vom damaligen Finanzsenator verkündet wurde, findet nicht statt. Immerhin wurden die

Erbbauszinsen dem Markt etwas angepasst, statt bei 5% liegen sie jetzt bei 2,1% für Wohnungsbaugrundstücke. Damit ist das Erbbaurecht attraktiver geworden.

Seit 2011 ca. 155 Hektar für 17.000 Wohnungen verkauft

Aus den Jahresberichten der Kommission für Bodenordnung lässt sich errechnen, wie viel Hektar städtischer Wohnungsbauflächen verkauft wurden. Von 2011 bis 2017 waren das rund 155 Hektar, auf denen über 17.000 Wohneinheiten entstehen sollten. Eine Vergabe im Erbbaurecht mit einer klaren Vorgabe für die Schaffung von leistbaren, preiswerten Wohnungen zu vergeben, hätte einen schönen Beitrag zur Dämpfung des Mietenwahnsinns leisten können.

Nachfolgend ist ein Bürgerschaftsantrag dokumentiert, den ich für die Linksfraktion geschrieben habe. Dieser Antrag harrt jetzt im Stadtentwicklungsausschuss der Bürgerschaft und wird irgendwann in 2019 auf die Tagesordnung kommen (irgendwann deshalb, weil die Tagesordnung von der rot-grünen Mehrheit abhängig ist). Ich werde über den weiteren Fortgang berichten.

**Bürgerschafts-Drucksache 21/14660 vom
17.10.2018: Gemeinwohlorientierte Grundstücks- und
Bodenpolitik für Hamburg – Erbbaurecht statt Ausver-
kauf städtischer Grundstücke**

Hamburg hat seit Jahren mit einer Explosion der Mieten und Bodenpreise zu tun. Das Wohnen wird dadurch immer teurer, für viele Menschen sind die Mieten in Hamburg kaum noch zu bezahlen.

DIE LINKE setzt sich schon lange für eine andere Grundstücks- und Bodenpolitik ein. Wer eine langfristige Stadtentwicklung betreiben möchte, muss auch noch in Jahrzehnten die Möglichkeit haben, auf stadteigene Flächen zurückgreifen zu können. Aus diesem Grund haben die früheren Stadtväter und -mütter städtische Grundstücke im Erbbaurecht vergeben und nicht verkauft. Doch in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts setzte bundesweit eine Entwicklung weg vom Erbbaurecht ein. In Hamburg wurde durch den jahrzehntelang betriebenen Verkauf von städtischen Grundstücken die Möglichkeit für eine langfristige und nachhaltige Bodenpolitik drastisch reduziert. Langsam setzt ein Umdenken ein. Das zeigt sich z.B. beim Gruner&Jahr-Gelände am Baumwall, das vor Jahrzehnten von der Stadt verkauft wurde, nun von der Stadt zurückgekauft und im Erbbaurecht neu vergeben wird. Mittlerweile gibt es – zumindest rhetorisch – die Absicht des Senats, Erbbaurechte verstärkt anzugehen. Insofern hofft DIE LINKE, dass ihre Forderung nach einem Stopp des Verkaufs städtischer Grundstücke doch Wirklichkeit wird. Unterstützung für diese Forderung gibt es auf vielen außerparlamentarischen Ebenen. Prominent und aktuell ist der »Münchner Ratschlag zur Bodenpolitik«. Aus dem dort verabschiedeten Papier wird nachfolgend zitiert:

»Am 22. und 23. Juni 2018 sind auf Einladung der Münchner Initiative für ein soziales Bodenrecht (www.initiative-bodenrecht.de) über 60 hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Städte Berlin, Bremen, Frankfurt a.M., Freiburg, Hamburg, Leipzig, München, Münster, Tübingen und Ulm sowie Expertinnen und Experten des Deutschen und des Bayerischen Städtetags, des Deutschen Instituts für Urbanistik, des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung sowie von zahlreichen weiteren Akademien, Stiftungen und Hochschulen zu einer kommunalen Werkstatt, dem Münchner Ratschlag zur Bodenpolitik, zusammengekommen ...

Eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik ist der Dreh- und Angelpunkt sozialer Wohnraumversorgung und lebenswerter Städte. Boden ist wie Luft und Wasser kein Gut wie jedes andere. In seinem Beschluss zu Artikel 14 Grundgesetz

vom 12. Januar 1967 hat das Bundesverfassungsgericht u.a. festgestellt: »Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern!«

Eine »dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung« (§ 1 Abs. 5 Baugesetzbuch) ist angesichts eines immer mehr in die internationalen Finanzmärkte einbezogenen Boden- und Immobilienmarktes, der in den letzten Jahren stark gestiegenen Bodenpreise und Mieten und eines anhaltenden Wachstumsdrucks in vielen Städten immer weniger zu gewährleisten. Die Städte sehen sich mehr denn je in der Pflicht, die gegebenen Handlungsspielräume für eine soziale Stadtentwicklungspolitik kreativ zu nutzen und den Erfahrungsaustausch zu erfolgreichen Modellen in der kommunalen Bauland- und Wohnungspolitik zu verstärken. Diese Bemühungen im Rahmen des gegebenen rechtlichen Instrumentariums stoßen aber angesichts eines zunehmenden Wachstumsdrucks und eines gravierenden Mangels an bezahlbaren Wohnungen immer mehr an ihre Grenzen.«

Handlungsspielräume für eine soziale Stadtentwicklung und gemeinwohlorientierte Bodenpolitik gibt es auch in Hamburg. Hier können Senat und Bürgerschaft tätig werden, ohne auf die Änderung von bundesgesetzlichen Regelungen warten zu müssen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

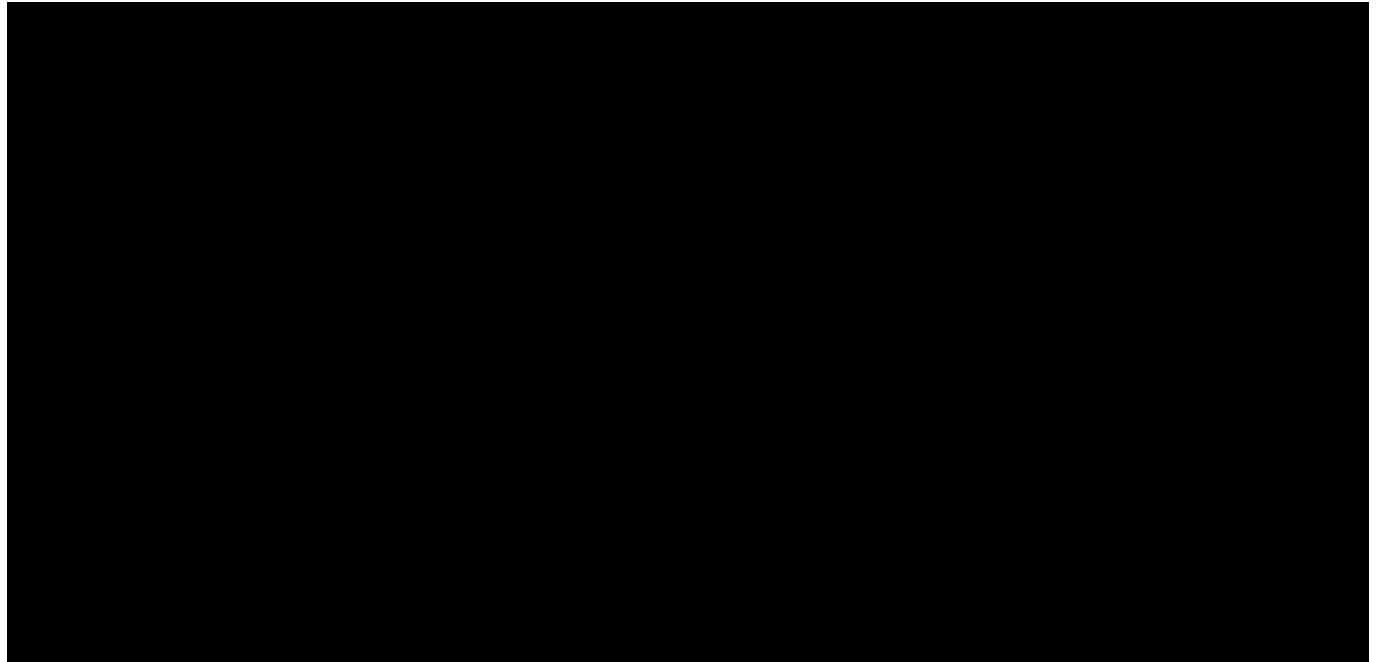
1. städtische Grundstücke nicht mehr zu verkaufen, sondern im Wege des Erbbaurechts zu vergeben,
2. für die Schaffung langfristig bezahlbaren Wohnraums für breite Kreise der Bevölkerung städtische Wohnbaugrundstücke ausschließlich an Akteur_innen des Wohnungsmarkts zu vergeben, die sich dem Gedanken der Gemeinnützigkeit verpflichten. Bei der Vergabe der Grundstücke im Erbbaurecht wird
 - a. eine langfristige Zweckbindung des Grundstücks für Wohnen,
 - b. eine Gewinnbeschränkung der Wohnungsmarktakteur_innen,
 - c. eine dauerhafte Bindung der entstehenden Wohnungen nach den Grundsätzen der öffentlichen Wohnungsbauförderung festgelegt.
3. der Bürgerschaft bis zum 28. Februar 2019 über den Stand der Umsetzung zu berichten.



Ehem. Buss-Gelände
im Hafen (M. Joho)

Am falschen Ort mit falschem Konzept

Heike Sudmann über hochfliegende Pläne zum Elbtower



Zu den Hinterlassenschaften von Olaf Scholz gehört die Planung für den »Elbtower«, ein gedanklich mittlerweile auf 244 Meter Höhe angewachsenes Hochhaus an den Elbbrücken. 70.000 qm Büronutzungen, 16.000 qm für Hotels, 11.000 qm publikumsbezogene Nutzungen und 560 Stellplätze sollen dort entstehen. Eine Wohnnutzung wird mit Verweis auf den Verkehrs-/Umgebungsärm abgelehnt (s. »BürgerInnenbrief« vom 21. Februar 2018 unter www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/heike-sudmann/buergerinnen-briefe/).

Senat scheut Debatte über Hochhäuser in Hamburg

Obwohl Ex-Bürgermeister Scholz schon im Februar 2018 auf einer großen Pressekonferenz die Entscheidung für den Investor SIGNA und dessen Konzept bekannt gab, wurde die Vorlage zum Verkauf des Grundstückes erst kurz vor der Sommerpause in der Bürgerschaft eingebracht. Richtig gelesen, es geht nicht um die Frage, ob die Bürgerschaft einem Hochhaus an diesem Ort zustimmt, sondern einzig und allein um den Kaufvertrag. Eine Hochhaus-Debatte, mit BürgerInnen, Fachleuten, Interessierten, wie ich sie schon im Februar gefordert hatte, scheint der Senat weiterhin zu scheuen. Einziges Zugeständnis an diese Forderung, die mittlerweile auch von der CDU aufgegriffen wurde, ist eine Veranstaltung im Rahmen der Stadtwerkstatt. Bei Redaktionsschluss dieses »BürgerInnenbriefs« stand der Termin hierfür noch nicht fest.

Transparenz? Fehlanzeige: Kaufvertrag in weiten Teilen geschwärzt

Aber zurück zum Kaufvertrag. In der Bürgerschaftsdrucksache 21/13500 vom 19. Juni 2018 (www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/57213) sind die Rahmenbedingungen

des Grundstücksgeschäfts beschrieben, ebenso findet sich dort das Bau- und Nutzungskonzept mit vielen Bildern und Ansichten. Der Kaufvertrag selbst wurde vom Senat in das Transparenzportal gestellt. Doch welche Überraschung:

Etliche Teile des Kaufvertrags sind dort geschwärzt. Wie der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit auf meine Anfrage hin nach einer vorläufigen Prüfung mitteilte, bestünden Zweifel, dass diese Schwärzungen den Ansprüchen von BürgerInnen nach dem Transparenzgesetz genügen. Der Datenschutzbeauftragte listete mehrfach Beispiele auf, wo ganze Abschnitte komplett geschwärzt sind, sodass auch aus dem Kontext nicht nachvollziehbar sei, was hier überhaupt geregelt wird. Die Höhe sämtlicher Vertragsstrafen wurde ebenfalls geschwärzt.

Kein Mensch unterschreibt einen Vertrag, wenn er weder die Strafklauseln noch alle Regelungen kennt. Doch die Bürgerschaft sollte blind entscheiden. Das wollte dann auch Rot-Grün nicht so stehen lassen und stimmte einem CDU-Antrag auf Einsicht in den ungeschwärzten Kaufvertrag zu. Leider wurde die Einsicht nur unter größter Geheimhaltung und nach Unterzeichnung einer Verschwiegenheitserklärung erlaubt, auch die Diskussion im Ausschuss fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt – gelte es doch, Betriebsgeheimnisse und das Vertrauen des Investors zu wahren.

Immerhin wird in der öffentlich zugänglichen Bürgerschafts-Drucksache der Nettopreis von 122 Mio. Euro genannt, für den das Grundstück zwischen den Elbbrücken im Osten der HafenCity verkauft werden soll.

Kritik von Sachverständigen an den Plänen

Der Stadtentwicklungsausschuss der Bürgerschaft lud Sachverständige zu einer Anhörung über den Elbtower ein. Der von der LINKEN benannte Sachverständige Mario Bloem, ein Stadtentwickler aus Hamburg, wies in seinem sehr informativen Vortrag nach, weshalb der Elbtower weder zum Wahrzeichen taugte noch der Standort an den Elbbrücken der richtige sei. Er hinterfragte auch die Sinnhaftigkeit der verschiedenen publikumswirksamen Nutzungen, die auf 11.000 Quadratmetern stattfinden sollen (der gesamte Vortrag ist auch im Anhang zum Protokoll der Anhörung zu finden unter www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/57844). Der von den GRÜNEN benannte Sachverständige sprach sich für den Elbtower aus. Wie nicht anders zu erwarten, waren die Berater des Senats, die von der SPD als Sachverständige eingeladen wurde, von ihrer eigenen Arbeit zum Kaufvertrag überzeugt. Einzig noch der Sachverständige der CDU machte kritische Anmerkungen. SIGNA habe bisher keine Erfahrungen mit dem Bau von Hochhäusern, auch seien die kalkulierten Mieten für den Hamburger Büromarkt nicht realistisch. Gerade der Investor in Schieflage, nützten auch die Vertragsstrafen nichts, dann hätte Hamburg im schlechtesten Fall eine Bauruine dort stehen.

Öffentliches Grundstück wird verkauft

Obwohl eine Vergabe des Grundstücks im Erbbaurecht vorgesehen war, soll das Grundstück nun verkauft werden. SIGNA wie auch alle anderen Bewerber haben das riesengroße Schlupfloch der Ausschreibung genutzt, in der es u.a. heißt: »Ausnahmsweise kommt auch ein Grundstückskaufvertrag in Betracht, wenn sichergestellt ist, dass gleichwertige Regelungen sowohl wirtschaftlich wie auch in Hinblick auf die Qualitätssicherung (Planungs-, Bau- und Nutzungsphase, Rückübertragung) vereinbart werden können und der Bieter nachweist, dass ihm der Abschluss eines Erbbaurechtsvertrags nicht möglich ist.« Die Begründung, dass sich ein Kauf des Grundstücks wirtschaftlich besser darstellen lasse, reichte aus, um den Senat vom Erbbaurecht abzubringen.

Am Ende stimmten im Stadtentwicklungsausschuss SPD und GRÜNE dem Kaufvertrag zu. Nur die LINKE lehnte den weiteren Verkauf von öffentlichen Grundstücken (und auch das dort geplante Hochhaus) ab. Die restliche Opposition enthielt sich. Die Bürgerschaft wird voraussichtlich im Dezember über den Kaufvertrag entscheiden.

Eingabenausschuss – bedrückende Erfahrungen

Von Christiane Schneider



Hamburg hat in den vergangenen Jahren sehr viele Roma abgeschoben (Foto: Christiane Schneider)

Als Mitglied des Eingabenausschusses (bzw. Petitionsausschusses) bin ich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Daran halte ich mich, auch wenn das manchmal sehr schwer fällt, wenn ich voll Trauer und Wut über Entscheidungen aus diesem Ausschuss komme. Dennoch will ich vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen in diesem Ausschuss – ich bin in der Linksfraktion zuständig für »Ausländereingaben«, konkret geht es fast immer um die Abwendung von Abschie-

bungen – allgemein und exemplarisch auf einige Probleme und Tendenzen hinweisen, die mich besonders bedrücken.

Das Anfang 2016 verabschiedete »Asylpaket II«, mit dem Abschiebungen erleichtert und beschleunigt werden sollten, führt u.a. dazu, dass zunehmend viele kranke und schwerkranke Menschen abgeschoben werden. Denn seither gilt, dass nur noch »lebensbedrohliche und schwerwiegende Erkrankungen, die sich durch Abschiebung wesentlich ver-

schlechtern würden«, vor Abschiebung schützen. Dabei muss die medizinische Versorgung im Zielland nicht der in Deutschland entsprechen. Diese Verschärfung führt z.B. dazu, dass die Behörden keine Kosten und Mühen scheuen, um schwerkranke Menschen, auch solche mit multiplen Krankheiten, abzuschieben. Nicht selten in Länder, in denen ihnen der Zugang zur medizinischen Versorgung de facto versperrt ist – sei es, dass es kaum Krankenhäuser oder andere Einrichtungen gibt, die die erforderlichen Behandlungsmöglichkeiten bieten, sei es, dass die Abgeschobenen aufgrund von Mittellosigkeit oder Diskriminierung vom Krankenversicherungssystem ausgeschlossen bleiben. Von Letzterem sind vor allem Roma betroffen, die in die als »sicher« eingestuft Westbalkan-Länder abgeschoben werden. Auch Korruption spielt beim Ausschluss von der medizinischen Versorgung eine große Rolle.

Psychische Krankheiten werden nicht als »lebensbedrohliche und schwerwiegende Erkrankungen« eingestuft. Dabei sind sehr viele Geflüchtete traumatisiert, oft sogar sehr schwer. Werden sie in das Herkunftsland abgeschoben, in dem sie traumatisiert wurden, ist die Gefahr, dass sich post-traumatische Belastungsstörungen verschlechtern, sehr hoch. Vor allem ist bei (drohenden) Abschiebungen die Gefahr von Selbstgefährdung groß, so warnen die Fachverbände und so weiß ich es auch aus mehrjähriger Ausschusserfahrung.

Für die Ausländerbehörde ist die Sache damit erledigt, dass die »Flugreisetauglichkeit« festgestellt und im Zweifelsfall ein Arzt/eine Ärztin mitgeschickt wird, der/die die Betroffenen am Zielflughafen absetzt und dann wieder die Heimreise antritt. Was mit den (meist völlig mittellosen) Menschen vor Ort passiert, ob sie überhaupt eine Unterkunft haben, Familienangehörige, die sie auffangen, Zugang zu Medikamenten und ärztlicher Hilfe, interessiert niemanden mehr. Ich möchte nicht wissen – oder doch, ich möchte es wissen –, wie viele kranke Geflüchtete an den elenden Umständen, in die sie abgeschoben werden, zugrunde gehen und sterben.

Kürzlich wurde bekannt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Mann aus dem Kreißaal herausholte, um ihn abzuschieben, während seine Frau in diesem Kreißaal ihr Kind bekam. Einige Tage später wurde eine schwangere und an Diabetes erkrankte iranische Frau aus der Mainzer Universitätsklinik geholt und nach Hannover verfrachtet, um zusammen mit ihrem einjährigen Kind und ihrem Mann, der aus der Abschiebehaftanstalt in Ingelheim geholt wurde, nach Kroatien abgeschoben zu werden. Die Abschiebung scheiterte, und während die Polizei den Mann zurück nach Ingelheim brachte, ließ sie die Frau, die nur eine dünne Jacke hatte und in Hausschuhen war, mit dem Kleinkind und 100 Euro (die nicht mal für die Fahrkarte nach Mainz reichten) auf dem Bahnhof in Hannover zurück.

Abschiebungen aus dem Krankenhaus sind mir aus Hamburg nicht bekannt geworden – unter Schill waren sie noch gang und gäbe. Doch erfuhr ich vor einigen Tagen via Facebook, dass ein psychisch kranker, in einer Klinik untergebrachter Georgier vor die Wahl gestellt wurde, zuzuschauen, wie seine schwangere Frau und sein Kind abgeschoben wer-



Pressekonferenz vor der Großdemo, 29.9.2018 (M. Joho)

den, oder mitzugehen. Er »entschied« sich für die Abschiebung, der Protest der ÄrztInnen blieb erfolglos. Ein Live-Video auf der Facebookseite von »Rapfugees« dokumentierte vor wenigen Tagen die nächtliche Abschiebung einer Roma-Familie aus Veddel; die kranke Mutter hatte offensichtlich einen Zusammenbruch erlitten und wurde, bewusstlos angeschnallt auf einem Krankensitz, roh durch die zu enge Bustür gepresst.

Was ich mit diesen Beispielen sagen will: Die Verschärfung des Asylrechts fördert die Verrohung – des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der Ausländerbehörden und von Vollzugsbeamtinnen und -beamten.

Dazu trägt auch und nicht zuletzt das »Dublin-III-System« bei. Für Geflüchtete, die auf der Flucht Deutschland über ein Drittland erreichen (da es keine regulären Fluchtwege gibt, z.B. mit dem Flieger, gibt es für sie gar keine andere Möglichkeit!), gilt, dass sie hier kein Asylverfahren durchlaufen dürfen, sondern in das Drittland »rückgeführt« werden. Immer wieder richten Betroffene verzweifelte Eingaben an die Bürgerschaft. Das Perfidie dieses Systems ist: Dem BAMF reicht die Feststellung, dass die Geflüchteten bereits andernorts registriert wurden, um die Rückführung zu veranlassen. Nähere Umstände interessieren diese Bundesbehörden nicht (und es gibt manchmal wirklich kaum vorstellbare dramatische Umstände). Die örtliche Ausländerbehörde wird vom BAMF mit der Abschiebung beauftragt. Für alles andere ist die Ausländerbehörde »nicht zuständig«; sie lässt die Abschiebung »lediglich« durchführen, von Vollzugskräften, die ihrerseits nur auf Anordnung handeln. Dieses Dublin-III-System ist ein System organisierter Verantwortungslosigkeit.

Beispiele? Hamburg schiebt (jedenfalls derzeit) keine Frauen und Kinder und auch nicht Männer (sofern sie nicht straffällig geworden sind oder als »Gefährder« eingestuft werden) nach Afghanistan ab. Aber die Stadt schiebt im Rahmen von Dublin III ganze Familien zum Beispiel nach Norwegen ab, von wo sie dann weiter nach Afghanistan abgeschoben werden. Hier wäscht sich die Hansestadt – obwohl solche Kettenabschiebungen eigentlich rechtswidrig sind – die Hände in Unschuld. Oder Italien: Wie viele Menschen hat Hamburg

in den letzten Monaten nach Italien abgeschoben, obwohl alle Beteiligten wissen, dass sie dort auf der Straße landen, ohne Aussicht auf Arbeit, Unterkunft, Gesundheitsversorgung? Nein, dafür sei man nicht zuständig. In diesem System der organisierten Verantwortungslosigkeit schützt und garantiert **niemand** die Menschenrechte der von »Rückführung« betroffenen Geflüchteten.

Der Eingabenausschuss hat die Aufgabe, aufgrund von Eingaben zu überprüfen, ob die Behörden rechtmäßig handeln. Das ist, weil die Asyl- und Aufenthaltsgesetzgebung ist, wie sie ist, ein sehr, sehr enger Rahmen. So oft kämpft man vergebens, wird auf »nicht abhilfefähig« entschieden, trotz des großen Leids, das Menschen mit der Abschiebung zugefügt wird, trotz der Brutalität, die mit ihr verbunden ist. Aber manchmal gelingt es eben doch, eine Abschiebung zu verhindern und einen Weg für ein Bleiberecht zu finden. Ganz

vereinzelt kann man auch feststellen, dass auch die Ausländerbehörde Regelungen sucht und findet, die Menschen mit Duldung die Möglichkeit eines Aufenthaltstitels eröffnen. Das hängt, glaube ich, sehr stark vom gesellschaftlichen Klima ab. Deshalb bin ich doppelt und dreifach froh über die starken solidarischen Bewegungen, die die großen Demonstrationen von »Seebücke« oder »United against racism« in den letzten Monaten getragen haben.

Aber wir brauchen auch eine andere Gesetzgebung. Die LINKE führt dazu am 16. und 17. November in Berlin die Konferenz »Menschlichkeit statt Abschottung – Linke Vorschläge für eine solidarische Einwanderungspolitik« durch. Programm und weitere Angaben s. hier: www.linksfraktion.berlin/aktuelles/termine/detail/news/menschlichkeit-statt-abschottung-1-1/

Tipps und Termine

Eine ganze **Satiresendung** ausschließlich zur **Wohnungs- und Mietenpolitik**, zu üblen Spekulanten und halblegalen Geschäften auf dem Wohnungsmarkt, so was schafft nur **DIE ANSTALT**. Die entsprechende ZDF-Sendung findet sich noch in der Mediathek unter www.zdf.de/comedy/die-anstalt-vom-23-oktober-2018-100.html. Da das Format die Themen überdies gut recherchiert, sei auch dieser Link mit seinen etlichen Argumenten und Verweisen auf 27 Seiten empfohlen: www.zdf.de/comedy/die-anstalt/fakten-im-check-der-anstalt-118.html



Der 74-seitige **DGB-Verteilungsbericht 2018** mit dem Titel **Löhne, Mieten, Steuern – Schieflage beseitigen!** ist im September 2018 veröffentlicht worden, beinhaltet Dutzende von aussagekräftigen Tabellen und Grafiken, führt auf einigen Seiten nicht zuletzt dieses aus: »Wohnungspolitik ist auch Verteilungspolitik« und kommt zu dem Schluss, dass es überfällig ist, »der extremen Ungleichheit in Deutschland entgegenzuwirken«. Sagen wir doch immer ..., hier noch mehr Argumente: www.dgb.de/themen/++co++b-216cc5c-c18f-11e8-bca6-52540088cada

Aktuelle **Daten zur Armut und sozialen Ausgrenzung** finden sich auch im jüngsten, am 31. Oktober veröffentlichten Destatis-Bericht des **Statistischen Bundesamtes** unter www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/10/PD18_421_634.html – danach waren in Deutschland im Jahr

2017 rund 15,5 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht und damit 19% der Bevölkerung, in der Europäischen Union waren es im Durchschnitt sogar 22,5%. ZynikerInnen könnten einwenden, »alles nicht so schlimm«, schließlich hat knapp die Hälfte der Weltbevölkerung Probleme, auch nur ihre Grundprobleme zu decken, wie der Mitte Oktober vorgelegte Weltbank-Bericht unterstrichen hat (www.evangelisch.de/inhalte/152840/17-10-2018/halfte-der-weltbevoelkerung-kann-grundbeduerfnisse-nicht-decken). Interessant sind im Papier des Statistischen Bundesamtes daher auch die Erläuterungen zum Armutsbegriff und den ihm zugrunde liegenden Kriterien.

Auch soll hier auf die neue Ausgabe der **WSI-Mitteilungen** Nr. 5/2018 verwiesen werden, die dem Thema **Dynamiken sozialer Ungleichheit** gewidmet ist. Unter den interessanten Aufsätzen sei u.a. einer von Anita Tiefensee und Dorothee Spannagel empfohlen: **Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in Deutschland**.



Leider können die Aufsätze nur durch den Bezug der Zeitschrift gelesen werden, über den zuletzt erwähnten gibt es immerhin einen ausführlichen Artikel in der »jungen welt« vom 30. Oktober unter www.jungewelt.de/artikel/342583.verm%C3%B6gensverteilung-wenige-haben-viel.html – mehr über die betreffende Ausgabe der WSI-Mitteilungen inkl. Bestellmöglichkeit findet sich hier: www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_116197.htm



Eine ebenfalls neu vorgelegte **Untersuchung im Auftrag des Sozialverbandes Deutschland (SoVD)** wartet mit der Kernaussage auf: Ärmere leiden stärker unter den steigenden Mieten. Keine wirklich überraschende Erkenntnis, aber eine, die – unterlegt mit wissenschaftlicher Expertise – den Verantwortlichen gar nicht oft genug unter die Nase gerieben werden kann. Das 48seitige **Gutachten von Stephan Junker mit dem Titel »Wohnverhältnisse in Deutschland. Mietbelastung, soziale Ungleichheit und Armut«** gibt es hier: www.sovd-hh.de/fileadmin/download/publikationen/2018_SoVD-Gutachten_Wohnverhaeltnisse_in_Deutschland.pdf

Alljährlich gibt der Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung der Freien und Hansestadt Hamburg einen **Immobilienmarktbericht Hamburg 2018** heraus. Der für das laufende Jahr ist bereits am 26. Juni erschienen und kostet mit seinen 144

Seiten leider 44,- €. Aber einige Hauptaussagen lassen sich im Netz lesen (www.hamburg.de/pressearchiv-fh-h/11260538/2018-06-26-bsw-immobilienmarktbericht/).

In dem von Andrej Holm, Stephan Junker und Kevin Neitzel erarbeiteten 86seitigen »Working Paper Forschungsförderung« Nr. 93 der Hans-Böckler-Stiftung vom September 2018 wird die Frage aufgeworfen **Wem nutzen wohnungspolitische Maßnahmen?** Es geht dabei um **Mengeneffekte und soziale Reichweite beim Wohngeld, der Wohnraumförderung und der Mietpreisbremse in 77 deutschen Großstädten**. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die untersuchten Instrumente »nur sehr begrenzt hilfreich sind, die Versorgungslücken für die Haushalte mit geringen Einkommen zu schließen. Um eine soziale Wohnungsversorgung sicher zu stellen«, so das Autorentrio, »ist der langfristige Aufbau von dauerhaft mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungsbeständen sowie ein konsequenter Schutz der Bestandsmietverhältnisse notwendig« (S. 10). **Hamburg findet insgesamt 34mal Erwähnung**, und auf S. 82 gibt es eine »Lesehilfe für Hamburg«: »In Hamburg lag die mittlere Angebotsmiete im Jahr 2014 bei 10,29 €/m² (nettokalt), die mittlere Bestandsmiete zu diesem Zeitpunkt lag bei 7,19 €/m² (nettokalt). Die Differenz zwischen Angebots-/Bestandsmiete betrug demnach 3,10 €/m² bzw. 43%. Die Stadt Hamburg hat die Mietpreisbremse eingeführt und die mittlere Kappung der Mietpreisbremse (Bestandsmiete + 10%) müsste bei 7,91 €/m² liegen. Verglichen mit den tatsächlichen Angebotsmieten entspricht diese Kappung einem Mietsenkungspotenzial der Mietpreisbremse (Angebotsmiete – Kappungsmiete) von 2,38 €/m² bzw. 23%.«! Hier die Studie: www.boeckler.de/pdf/p_fo-foe_WP_093_2018.pdf



Ein lesenswerter Artikel über **Hamburg im Jahre 2050** findet sich in der Zeitung »Die Welt« vom 6. November. Darin breiten ArchitektInnen und StadtplanerInnen ihre Visionen – man mag sie als (positive) Utopien oder auch (negative) Dystopien betrachten – für unsere Stadt in 30 Jahren aus. Hintergrund ist der **Workshop »Hamburg 2050«**, den die **Hamburgische Architektenkammer** vor Kurzem durchgeführt hat. Nur einige Prognosen in Kürze: Es gäbe eine Hinwendung zu Quartieren, also weg von Zentren; die Wohnungen würden wieder kleiner werden; der Hafen entwickle sich weg vom Warenumsatz hin zum Wissenschaftsstandort; das private Auto würde zum Auslaufmodell; die Smart City käme...

Auch die neue Ausgabe der **Backbord**, der Zeitung der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, beschäftigt sich mit der Umverteilung. Unter dem Motto **Da geht noch mehr** steht die anstehende Debatte und Entscheidung über den **Doppelhaushalt 2019/2020** im Mittelpunkt, denn Etatfragen sind maßgebend dafür, wie vorhandene



öffentliche Gelder verteilt werden. Hier entwickelt die LINKE Alternativen zur Senatspolitik der SPD und GRÜNEN. Wer in diese Herbstausgabe (oder auch ältere Nummern) der Backbord »reinblättern« möchte, findet alles Nötige hier: www.linksfraktion-hamburg.de/themen/backbord-zeitung-der-fraktion-die-linke/



Das **Altonaer Manifest** versteht sich als Initiativennetzwerk für eine sozial gerechte Stadtentwicklung. Klickt mensch dessen Website <https://altonaer-manifest.de/aktuelles.php#181106-kommunaleRechte> an, erscheint zunächst der Bericht über eine Veranstaltung, in der einmal mehr für kommunale, also bezirkliche Rechte gestritten und eine Resolution für die Einleitung einer Kampagne beschlossen wurde, deren Ziel es ist, »mittels eines Volksentscheides die Hamburgische Verfassung dahingehend zu ändern, dass die kommunale Selbstverwaltung in den Bezirken und Stadtteilen gesetzlich verankert wird«. Insgesamt 45 Seiten Informationen, Veranstaltungen, Forderungen und Termine folgen in hoher Dichte.

Die Nummer 149/2018 von **Statistik informiert** vom 19. Oktober, herausgegeben vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, breitet die neuesten Zahlen zum **Tourismus in Hamburg im August 2018** aus. Danach stieg die Zahl der Gäste gegenüber dem Vorjahresmonat August nochmals um 11,6% auf 7 10.000 und die Zahl der Übernachtungen um 8,9% auf 1.486.000. In diese Erhebung waren die 404 geöffneten Beherbergungsstätten mit ihren 67.000 angebotenen Betten einbezogen. Die durchschnittliche Bettenbelegung lag bei 69,8%. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste betrug 2,1 Tage. Noch mehr gibt's hier: www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/presseinformationen/dokumentenansicht/tourismus-in-hamburg-im-august-2018-60727/



Statistisches Amt
für Hamburg und
Schleswig-Holstein

»Wir brauchen Euch, denn es geht um die Zukunft der Stadt«. Mit diesen Worten lädt die **Initiative »Viva la Bernie«** ein zu einer Veranstaltung am **Mittwoch, den 14. November**, um 15.30 Uhr im Altonaer Rathaus (Platz der Republik 1). Drei Fragen sollen diskutiert werden: **Wie wollen wir leben? Wer bestimmt darüber, wie wir leben? Ist der Immobilienmarkt stärker als der Bürgerwille?** »Am Tisch sitzen die Initiatoren von Viva la Bernie und die Vertreter der aktuellen Besitzer des Areals«, schreibt die Initiative. »Thema wird unser Kaufangebot für den Hof sein. Außerdem wird ein Mietangebot der momentanen Besitzer an das Projekt Viva la Bernie besprochen. Soll gut klingen, ist aber zeitlich und inhaltlich beschränkt. Was wir wollen: Den Hof für immer und alle Zeiten dem Spekulationsmarkt entziehen. Für ein sicheres und angstfreies Wohnen und Arbeiten. Es geht um mehr – nämlich die Zukunft unserer Innenstädte...« Mehr Infos zum Thema und dem Areal Bernstorffstraße/Ecke Thadenstraße finden sich unter www.vivalabernie.de.



Am **Donnerstag, den 15. November**, 19.00 Uhr, wird im St. Pauli Museum im Millerntorstadion (Heiligengeistfeld 1) die **Ausstellung Die Diskreditierten: G20 – das Festival der Demokratie?** eröffnet. Bei der um 19.30 Uhr beginnenden **Auftaktveranstaltung** blicken Gerhart Baum, Peter Schaar, Thomas Fischer und Wolfgang Neskovic zurück auf den von 31.000 PolizistInnen gesicherten Belagerungszustand, die Suspendierung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit in weiten Teilen der Stadt, Übergriffe auf BürgerInnen und JournalistInnen und die einzige Konsequenz des Senats, ausgerechnet den polizeilichen Einsatzleiter Dudde zu befördern. Die Ausstellung bettet sich ein in die diesjährigen Lesetage gegen Atomstrom. Das Gesamtprogramm gibt es unter www.lesen-ohne-atomstrom.de/images/2018/programmheft_20181101.pdf

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe **HerbstVerkehr 2018** der Vereinigung der Straßenbau- und Verkehrsingenieure in Hamburg e.V. (VSVI) wird am **Dienstag, den 20. November**, 18.00 Uhr, im Kesselhaus (Am Sandtorkai 30) die **Abschaffung der Stellplatzschlüssel in Hamburg** diskutiert. Michael Munske von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation berichtet über die Auswirkungen. Der Eintritt beträgt 15,- €, für Studierende ist er frei. Anmeldung: herbstverkehr@laermkontor.de; Infos: www.mobileinclusion.de.

Die Geschichtswerkstatt Eimsbüttel/Galerie Morgenland (Sillestraße 79) setzt ihre Reihe zu **Flucht, Exil und Migration** fort. Am **Dienstag, den 20. November**, geht es um **Exiltexte**, nicht um historische, sondern um gegenwartsbezogene, denn hier **erzählen Geflüchtete ihre Geschichte**. Zu Wort kommen u.a. Emina Kamber und Majda Omeragic aus Bosnien und Fahman Hussein aus Syrien. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr, der Eintritt beträgt 3,- €. Weitere Veranstaltungen folgen am 27. November (»Bilder von Flucht und Vertreibung – gestern und heute«) sowie am 11. Dezember (»Auseinandersetzung einer »Kriegsenkelin« mit den Folgewirkungen des Holocaust). Das Gesamtprogramm gibt es unter www.galerie-morgenland.de.



Am **Freitag, den 23. November**, lädt die Linksfraktion im Deutschen Bundestag ein zur Tagung **»Ungleichland« Deutschland**. Aufgeworfen wird die Frage: **Ist die Einhaltung sozialer Menschenrechte Grundlage für soziale Gerechtigkeit?** Die Veranstaltung findet von 13.00 bis 20.30 Uhr im Umweltforum in Berlin (Pufendorfstraße 11) statt. Interessierten ist anzuraten, sich baldmöglichst anzumelden: www.linksfraktion.de/termine/detail/ungleichland-deutschland-1/

Hamburgs ITS-Strategie (IST = Intelligente Transportsysteme) steht am **Dienstag, den 27. November**, bei der VSVI (Vereinigung der Straßenbau- und Verkehrsingenieure in Hamburg e.V.) auf dem Prüfstand. Sebastian Troch von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation macht sich **Auf den Weg zur Modellstadt für intelligente Mobilität**. Getagt wird von 18.00 bis 19.00 Uhr im Kesselhaus in der HafenCity (Am Sandtorkai 30). Anmeldung via herbstverkehr@laermkontor.de, Infos unter www.vsvi-hamburg.de/herbstverkehr-2018/.



Gregor Gysi kommt nach Steilshoop, und zwar am **Donnerstag, den 29. November**. Um 15.00 Uhr wird er sich zunächst bei einem kleinen Rundgang durchs Viertel mit verschiedenen Initiativen (AGDAZ, VENS, Alraune, Mieterinitiative Steilshoop) austauschen. Hintergrund sind die anstehenden Haushaltsverhandlungen. Die sind anschließend auch Thema einer kurzen, **öffentlichen Kundgebung** um 16.00 Uhr auf dem Platz zwischen »Das Cafe«, Schreyerring 27, und dem Einkaufszentrum.

Mit Blick auf den vom 30. November bis zum 1. Dezember in Argentinien stattfindenden G20-Gipfel finden in Hamburg einige kritische Parallelveranstaltungen statt. So geht es am **Freitag, den 30. November**, von 21.00 bis 23.00 Uhr in der Fabrique im Gängeviertel (Valentinskamp 34 A, Zugang über Speckstraße) um **Die Proteste gegen den G20-Gipfel in Buenos Aires**. Das gleichnamige Bündnis berichtet per **Liveübertragung** von den Ereignissen und Protesten in der argentinischen Hauptstadt. Am 1. Dezember soll voraussichtlich eine Demonstration gegen den neuerlichen Gipfel stattfinden. Mehr Infos unter www.facebook.com/groups/511051932639545/. Bereits um 18.00 Uhr wird in der Fabrique das im Verlag Assoziation A neu erscheinende Buch **Das war der Gipfel. Die Proteste gegen G20 in Hamburg** vorgestellt. Das Ganze bettet sich ein in die **Zehn-Jahr-Feierlichkeiten des Gängeviertels**, das Programm siehe unter: www.das-gaengeviertel.info.



Das **Bündnis Stadt des Ankommens** lädt am **Sonntag, den 2. Dezember**, ein zu einer Veranstaltung unter dem Titel **Gegen die Politik der Lager! Perspektiven der Unterbringung von Geflüchteten**. Auf der von 15.00 bis 17.15 Uhr anberaumten Veranstaltung im Haus der GEW (Rothenbaumchaussee 15) werden u.a. Maximilian Pichl (Lehrbeauftragter an der Universität Kassel) zur »Politik der Lager« und Maja Momic (Doktorandin an der HafenCity Universität) über »Die Wohnsituation in Hamburger Unterkünften« referieren.



Bezahlbares Wohnen in Hamburg ist der Titel einer **Podiumsdiskussion** in der Akademie der Künste (Klosterwall 23) am **Montag, den 3. Dezember**, um 19.00 Uhr. Veranstalterin ist die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, die in ihrer Einladung diese Fragen formuliert: »Wo steht Hamburg als Immobilienstandort im nationalen und internationalen Vergleich? Was sind die dringlichsten Herausforderungen für Hamburgs Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik? Wie gelingt es, Hamburgs hohe Lebensqualität und ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und auszubauen? Wie kann Hamburg gewährleisten, dass sich Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen das Leben in unserer Stadt weiterhin leisten können?« TeilnehmerInnen der Diskussion sind Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und der Direktor des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. (VNW), Andreas Breitner. Die Moderation obliegt Kerstin von Stürmer.



Um **Mobilitätsarmut in Hamburg** geht es der VSVI am **Dienstag, den 4. Dezember**, um 18.00 Uhr im Kesselhaus in der HafenCity (Am Sandtorkai 30). Christoph Aberle (TU Harburg, Institut für Verkehrsplanung und Logistik) wird einen Vortrag über MobileInclusion halten. Nach eigenen Angaben geht es um den städtischen Nahverkehr, seine Bedeutung für die soziale Teilhabe und die Herausforderungen und Lösungsansätze im Zusammenhang mit Mobilitätsarmut einkommensarmer Menschen. Die Teilnahmegebühr beläuft sich auf 15,- €, Studierende zahlen nichts. Anmeldung via eMail an herbstverkehr@laermkontor.de. Mehr unter www.mobileinclusion.de.

Der Ottenser Gesprächskreis zu Flucht und Migration lädt ebenfalls für **Dienstag, den 4. Dezember**, ein zur Veranstaltung **Grüne Flüchtlings- und Migrationspolitik – Anspruch und Wirklichkeit in Hamburg**. Zu Gast ist ab 19.00 Uhr im WillkommensKulturHaus (Bernadottestraße 7 /Susettesstraße 11) Antje Möller, die Sprecherin der GRÜNEN für Flüchtlingspolitik und Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft.

Noch bis zum 18. Januar 2019 zeigt die Geschichtswerkstatt Barmbek die **Ausstellung: Vom PRO-Block zum Schleidenhof**. Darin geht es um einen Gebäudekomplex als Musterbeispiel einer »Hamburger Burg«, die »um 1900 zum Markenzeichen baugenossenschaftlicher Reformbestrebungen« wurde. Durch den Verkauf des 1905 errichteten Wohnblocks und die Umwandlung in Eigentumswohnungen in den 1990er Jahren »begann eine andere, neue Zeit in der Geschichte dieser traditionsreichen und heute unter Denkmalschutz stehenden Wohnanlage«. Zu sehen ist die Ausstellung dienstags, mittwochs und freitags von 10.00 bis 18.00 Uhr, donnerstags von 10.00 bis 19.00 Uhr und samstags von 10.00 bis 14.00 Uhr in der Bücherhalle Barmbek (Poppenhusenstraße 12). Mehr unter www.geschichtswerkstattbarmbek@alice-dsl.de.



Noch bis zum 27. Februar 2019 läuft die **Ausstellung INVESTORS FIRST! Vom veränderten Umgang mit unserem industriellen Erbe in Ottensen und Altona** des **Stadtteilarchivs Ottensen**. Im Fokus steht das industrielle Erbe von Altona, das zunehmend von Abriss und/oder Edelsanierung bedroht ist. »Gelebtes Erbe setzt voraus, dass von unserem Erbe überhaupt noch etwas Wesentliches übrig gelassen wird, in und mit dem gelebt werden kann«, äußert sich Anne Frühauf vom Stadtteilarchiv Ottensen, dessen Kampf nicht zuletzt der Erhalt der mittlerweile denkmalgeschützten Drahtstiftfabrik in der Zeißstraße 28 zu verdanken ist. Eben dort ist auch die Ausstellung zu sehen, und zwar dienstags und mittwochs zwischen 9.30 und 13.00 sowie von 14.00 bis 16.30 Uhr, donnerstags von 14.00 bis 19.00 und nach Vereinbarung. Mehr unter www.stadtteilarchiv-ottensen.de.



Hamburg ist Spitze – bei den Fahrpreisen ...



rechts: Schild der LINKEN in Darmstadt (M. Joho),
Hintergrund: Vorsetzen (theo_reitker, flickr, © © ©)

Traurig, traurig und – empörend: Hamburgs ÖPNV ist der teuerste Deutschlands, titelte die »Morgenpost« am 17. Oktober. »Nirgendwo in Deutschland kosten bestimmte Fahrkarten mehr als in unserer Stadt!«, ausgerechnet in der »grün-rot« regierten, reichsten Metropole Europas. Zu diesem Ergebnis kommt das Verbraucherportal, das Preise und Angebote der 39 größten Städte mit mehr als 200.000 EinwohnerInnen eruiert und verglichen hat. Beispiel Einzelfahrt: Hier zahlt mensch in Hamburg im Durchschnitt 3,30 €, in Erfurt nur 2,- €. Beispiel Monatskarte: In Hamburg sind KundInnen mit 106,40 € dabei, in der einzigen Stadt, die einen dreistelligen Betrag in dieser Kategorie erhebt. Immerhin, bei der Kinderkarte ist die Elbmétropole mit derzeit 1,20 € ausnahmsweise ganz vorne, also am günstigsten. Wer sich alle Daten und Kriterien der Studie anschauen mag, klickt am besten mal einen den Artikel im »Spiegel« an: www.spiegel.de/auto/aktuell/oepnv-preise-wo-faehrt-man-mit-bus-und-bahn-am-guenstigsten-a-1231687.html

Schon in der schwarz-grünen Regierungszeit wurde die jährliche Erhöhung der HVV-Fahrpreise beschlossen. Zum 1. Januar 2019 sollen die Fahrkarten um durchschnittlich 2,1% teurer werden (s. dazu die entsprechende Senatsmitteilung vom 16.10.2018 unter www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/64045/pdf).

365-Euro-Jahresticket für Hamburg

Gegen die Fahrpreiserhöhung läuft seit Langem auch die Initiative »HVV Umsonst« Sturm. 6.000 Unterschriften wurden von ihr in den vergangenen Wochen unter einer Online-Petition gesammelt. Sie umfasst die einfache Forderung nach einem Euro-Ticket. Gemeint ist damit, ganz nach Wiener Vorbild, wo eine Jahreskarte 365 Euro kostet, dass für ein Tagesticket im HVV genau 1 Euro gezahlt werden soll. In Wien war die Einführung der 365-Euro-Jahresfahrkarte ein großer Erfolg. Für eine Verkehrswende, für eine Reduzierung des Autoverkehrs bei gleichzeitiger Verbesserung des ÖPNV-Angebots ist das auch für Hamburg ein sehr wichtiger Schritt hin

zu einem fahrscheinfreien ÖPNV. Einen Antrag der Linken zum Einstieg in das Wiener Modell haben alle anderen Fraktionen vor wenigen Tagen im Verkehrsausschuss der Bürgerschaft abgelehnt.

Der HVV hat die Einführung des 365-Euro-Tickets bereits als »zukunftsfern und unsozial« bezeichnet (»Hamburger Abendblatt« vom 10./11.11.2018). Was für eine begriffliche Verdrehung der Wahrheit, schließlich ist doch nahezu unbestritten, schon aus Klima- und Gesundheitsgründen, dass die Zukunft im Öffentlichen Nahverkehr liegt und dafür die Förderung massiv ausgebaut werden muss. Und unsozial sind hohe und immer höhere Fahrpreise, die sich ein Teil der eh schon benachteiligten Bevölkerung nicht erlauben kann. Mobilitätsarmut eben!

Verbesserungen für SeniorInnen abgelehnt

In den Jahren 2008 bis 2017 stiegen die durchschnittlichen Renten in Hamburg um 14,92%. Im selben Zeitraum sind die Preise für die HVV-SeniorInnenkarte jedoch um astronomische 31,31% gestiegen.

Seit Jahren sprechen sich deshalb die verschiedenen SeniorInnenverbände, vom DGB über die Bezirksseniorenversammlungen, gegen die regelmäßigen Erhöhungen aus. Auch beklagen sie die morgendliche Sperrzeit der SeniorInnenkarte. Wer aufgrund der Berufstätigkeit der Eltern die Enkelkinder zur Schule bringen muss, wer einen morgendlichen ärztlichen Termin, z.B. zur Blutentnahme hat, muss Zusatzfahrkarten lösen. Anders als bei der CC-Karte dürfen auch keine Kinder kostenlos auf der SeniorInnenfahrkarte mitfahren.

Im Verkehrsausschuss hat die Fraktion DIE LINKE deshalb den Wegfall der morgendlichen Sperrzeit der SeniorInnenkarte und die kostenfreie Mitnahme von bis zu drei Kindern beantragt. Das wurde von allen anderen Fraktionen ebenso abgelehnt wie ein kostenfreies Sozialticket für SeniorInnen in der Grundsicherung. Dabei ist die Altersarmut in Hamburg hoch und steigt weiter an. Im Jahr 2017 bezogen laut

Mitteilung des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein vom 8. August 2018 gut 25.500 Menschen Leistungen der Grundsicherung im Alter, vier Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Die HVV-Tariferhöhung wird im Dezember in der Bürgerschaft endgültig abgestimmt. Neben der LINKEN werden wohl auch die CDU und die FDP die Erhöhung ablehnen. Doch die »grün-rote« Senatsmehrheit wird die »Tarifanpassung« gnadenlos durchsetzen und einmal mehr das Lamento ertönen lassen, mehr Angebot und Service würden eben auch mehr Geld kosten...

Es geht auch anders, wie die Bezirksversammlung Harburg zeigt. Dort wurde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE ein Dokument mit dem Titel: »Keine neue Fahrpreiserhöhung beim HVV« beschlossen. Für den Antrag votierten die Fraktionen der LINKEN, GRÜNEN, CDU, FDP und AfD, dagegen lediglich die SPD, recht zukunftsfern und unsozial, wie wir hervorheben möchten. In der Antragsbegründung unserer Harburger GenossInnen findet sich fast alles, was zu der neuerlich unverschämten Preiserhöhung zum 1. Januar 2019 zu sagen ist. Und der Antrag ist ein schönes Beispiel, wie die LINKE auch in den Bezirken Druck auf den Senat ausüben kann.

Antrag der Harburger LINKEN in der Bezirksversammlung (BV)

Betr.: Harburg für Alle! Keine erneute Fahrpreiserhöhung beim HVV (Drs. 20-4165 vom 12.10.2018)

In der BV Harburg am 30. Oktober mehrheitlich verabschiedet gegen die SPD mit den Stimmen von LINKEN, GRÜNEN, CDU, FDP und AfD

Sachverhalt:

Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) will zum 1. Januar 2019 erneut die Fahrpreise erhöhen. Eine Tarifierhebung um durchschnittlich 2,1 Prozent soll beantragt werden, teilte der HVV mit. Seinen Antrag begründet der HVV mit höheren Kraftstoff- und Personalkosten. Diese vom HVV geplante Preissteigerung bei den Tickets für Bahnen, Busse und Fähren liegt damit aber wieder einmal über der Inflationsrate (2016: 0,5%, 2017: 1,8%, August 2018: 2,0%/Quelle: www.inflationrate.com, 14.9.2018) und heizt diese damit auch wieder an. Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zufolge ist das Haushaltseinkommen der unteren 40 Prozent der deutschen Bevölkerung inflationsbereinigt von 1999 bis 2015 um fast sieben Prozent gesunken (DIE ZEIT, 6.9.2018). Damit trifft die nun schon regelmäßige jährliche Preiserhöhung des HVV nicht nur, aber besonders die Menschen mit geringerem Einkommen, die Rentner_innen, die Arbeitslosen, Auszubildenden, den wachsenden Anteil der Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen in Teilzeit, in Minijobs und andere wirtschaftlich belastete Bürger_innen unserer Stadt und in unserem Bezirk Harburg.

Aus der Antwort auf die Große Anfrage (Drs. 21/13319 vom 3.7.2018) der Fraktion DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft geht hervor: Während die HVV-Preise für die Senior_innenkarte von 2008 bis 2017 um kräftige 31,3 Prozent zulegte, stiegen die Renten in Hamburg im Schnitt nur um 14,9 Prozent. Wenn Mobilität in Hamburg zu einem Luxusgut wird, dann bedeutet das für untere Einkommensgruppen auch Einschnitte bei der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und der Gefahr privater Vereinsamung.

Die im Zuge des am 30.6.2017 von der Stadt Hamburg beschlossenen Luftreinhalteplans (LRP) betriebene Flottenenerneuerungspolitik des HVV für mehr saubere Antriebe als wesentliches Element bei der Verbesserung der Luftqualität wird ohne positive Folgen bleiben, wenn immer weniger Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzen

(können). Aber eine kurzfristig nachhaltige Senkung der Umwelt-Schadstoffbelastungen wäre in unser aller Interesse. Die Reduzierung des individuellen motorisierten Verkehrs durch vermehrte Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs würde nicht nur die Belastung unserer Atemluft mit Stickoxiden und Feinstaub sowie die vielerorts mittlerweile unerträgliche Lärmbelastung wirksam verringern.

Auch weniger Unfälle und weniger Gestank und damit deutliche Gewinne an Lebensqualität in unserer Stadt gehörten zu den zu erwartenden Folgen. Straßen und Plätze könnten tendenziell als öffentliche Räume mit Aufenthaltsqualität zurückgewonnen werden. Angesichts der immensen Folgekosten des motorisierten Individualverkehrs (Straßenbau, medizinische Unfall-Folgekosten, ...) würde sich eine steigende Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs auch volkswirtschaftlich auszahlen. Nahverkehr ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und ein Ausgleich für Ausgaben des HVV aus Steuermitteln ist dem Hamburger Landshaushalt durchaus zuzumuten. Es ist allen Abgeordneten der Bezirksversammlung Harburg bewusst, keine Entscheidungsbefugnis über die Fahrpreisgestaltung des Hamburger Verkehrsverbundes zu haben. Aber zum Selbstverständnis der demokratisch gewählten parlamentarischen Vertretung von über 260.000 Harburger/innen sollte gehören, Erwartungen der durch sie repräsentierten Bevölkerung an den Öffentlichen Nahverkehr der Stadt und des Bezirks Harburg zu formulieren.

Petition:

Die Bezirksversammlung Harburg lehnt die vom Hamburger Verkehrsverbund angestrebte erneute Fahrpreiserhöhung zum 1. Januar 2019 ab und ersucht die Hamburgische Bürgerschaft, diese nicht zu genehmigen.

<https://sitzungsdienst-harburg.hamburg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1005714>

Für eine würdige Gedenkstätte im Stadthaus!



Hamburger Stadthaus und Gestapo-Zentrale im Jahr 1935 (aus dem Flyer der Initiative)

Seit fast einem Jahr setzt sich die Initiative Gedenkort Stadthaus dafür ein, im ehemaligen Stadthaus eine würdige Gedenkstätte zu eröffnen. Hier, nahe der Stadthausbrücke, waren in der NS-Zeit die hamburgische Polizei und die Gestapo-Zentrale untergebracht. Hier sind zahlreiche Menschen gequält, gefoltert und ermordet worden. Am 30. Januar 2018 hatten sich Angehörige im Stadthaus misshandelter und gefolterter WiderstandskämpferInnen zu Wort gemeldet und »die Einrichtung einer würdigen Dokumentations- und Erinnerungsstätte für den antifaschistischen Widerstand in Hamburg« sowie »die Kennzeichnung des Ortes nach innen und außen als zentralen Ort des Nazi-Terrors in Hamburg« gefordert. Ende Juni legte eine Gruppe von HistorikerInnen und GedenkstättenexpertInnen aus der gesamten Bundesrepublik nach, kritisierte den unsensiblen Verkauf an die Immobilienfirma Quantum und beharrte ebenfalls auf der Schaffung »eines angemessenen Lern- und Gedenkortes«. Seit Monaten werden Mahnwachen und Kundgebungen vor dem inzwischen eingeweihten Edelkaufhaus »Stadthöfe« durchgeführt, für den 17. November laden Hamburgs Geschichtswerkstätten zu einer Tagung unter der Überschrift »Gedenkstätte und Lernort Stadthaus – was ist uns das wert?« ein. Doch auf Senatsseite rührt sich nichts, und der mit reichlich Vorschusslorbeeren bedachte neue Kultursenator Dr. Carsten Brosda ... versagt.

Vor wenigen Tagen hat die Initiative Gedenkort Stadthaus einen weiteren, sehr informativen Flyer über die Geschichte und Bedeutung des Gebäudes und den aktuellen Stand der Auseinandersetzungen herausgegeben. Wir nehmen den Text gerne an dieser Stelle auf.

Gerade jetzt: Erinnern für Gegenwart und Zukunft

Hamburg braucht einen Ort der Aufklärung über Widerstand und Verfolgung im Stadthaus. Die Erinnerung an den Faschismus und die Auseinandersetzung damit gehören nicht in private Hände, sondern in die öffentliche Verantwortung.

Das Stadthaus war die Zentrale des Nazi-Terrors

Mitten in Hamburgs Innenstadt befand sich von 1933 bis 1943 der Sitz der Ordnungspolizei, der Gestapo, der Kriminal- und Sicherheitspolizei und weiterer Polizeidienststellen des 3. Reiches. Das Stadthaus war Gestapo-Hauptquartier und das Zentrum des Nazi-Terrors in Hamburg sowie weiten Teilen Norddeutschlands:

- Hier wurden die Deportationen der Hamburger Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma geplant und vorbereitet,
- hier wurden die Polizeibataillone aus Hamburg, Bremen und Lübeck für den Einsatz im Vernichtungskrieg organisiert und eingesetzt,
- hier saß die Abteilung der Gestapo, die für die Überwachung von hunderttausenden Zwangsarbeiter_innen zuständig war und sie bei kleinsten angeblichen Vergehen bestraften und ins KZ bringen ließ. Die Abteilung war auch direkt an Hinrichtungen beteiligt.
- hier wurden viele mutige Menschen aus dem politisch begründeten Widerstand, insbesondere auch aus der KPD und der SPD, verhört, gefoltert und ermordet,
- hier begann der Leidensweg Tausender, die als Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Swing-Jugendliche, Oppositionelle, Berufsverbrecher oder Asoziale stigmatisiert, verfolgt, verhaftet und in die Zuchthäuser und Konzentrationslager deportiert und in zahlreichen Fällen dort ermordet wurden.

Nach 1945: Verschweigen und verdrängen und privatisieren

Nach dem Ende der Nazi-Diktatur wurde das teilweise zerstörte Gebäude wiederaufgebaut und zum Sitz der Baubehörde. Das Wissen um die im Stadthaus organisierten und betriebenen Verbrechen wurde jahrzehntelang verschwiegen und verdrängt. Erst 1981 wurde auf intensives Drängen einer Gewerkschaftsgruppe und auf Antrag der dort Beschäftigten und ihrer finanziellen Mitwirkung eine Gedenktafel angebracht. An einer weitergehenden Erinnerung waren Senat und Bürgerschaft nicht interessiert.

Noch einmal 30 Jahre brauchte es, bis der Senat im Zusammenhang mit der Privatisierung des stadteigenen Gebäudekomplexes die Notwendigkeit anerkannte, hier »ein würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Hamburg« zu etablieren. Der Immobilieninvestor Quantum musste sich im Kaufvertrag verpflichten, einen »Lernort mit unterschiedlichen Inhalten (Ausstellung, Seminare, Veranstaltungen, Inszenierungen, Dokumentationen)« auf einer Ausstellungsfläche von ca. 750 qm einzurichten und zu betreiben. Das entspricht weniger als 0,4% der Gesamtfläche des neuen Luxusquartiers Stadthöfe.

»Der Umgang mit dem Stadthaus stellt die Erinnerungskultur unserer Stadt auf eine Bewährungsprobe. Es ist zu hoffen, dass Hamburg diese Probe besteht.«

Senator a.D. Prof. Dr. Joist Grolle, 2008 als Vorsitzender des Vereins für Hamburgische Geschichte

Infopoint statt würdigem Gedenken

Doch was ist aus den im Kaufvertrag vereinbarten 750 qm geworden? Im Mai 2018 wurde an der Stadthausbrücke 8a die Buchhandlung »Lesesaal« mit Café und angeschlossenem »Geschichtsort« eröffnet. Für diesen »Geschichtsort« stehen nur noch 50 qm, also nicht mehr als ein Infopoint, zur Verfügung. Der Investor sieht damit seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllt. Denn er rechnet die Fläche von Buchhandlung und Café ebenso wie die im Untergeschoss liegende Toiletten- und Aufzugsanlage des Gebäudes und die Flanierfläche »Arkaden« in den »Stadthöfen« als Teile des Gedenkortes.

Der Kultursenator bestätigt trotz aller Proteste bislang diese schamlose Vertragsinterpretation des Investors.

So macht die Privatisierung der Erinnerung aus der mörderischen Nazi-Geschichte des Stadthauses eine Bagatelle.

Kritik und Protest

- Seit Jahresbeginn haben sich Verfolgtenverbände (VVN [Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten] und AVS [Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten]), Geschichtswerkstätten, Erinnerungsinitiativen und viele Unterstützer_innen wie die gewerkschaftliche Gruppe Gedenktafel Stadthaus von 1980 zu einer Initiative Gedenkort Stadthaus zusammengefunden und vielfältig ihren Protest artikuliert.

- Als Reaktion auf diesen öffentlichen Druck wurde von der Kulturbehörde ein »Beirat« berufen. Dessen Mitglieder haben festgestellt, dass auf der für den »Geschichtsort« verbliebenen Fläche von 50 qm eine Dokumentation von Polizei- und Nazi-Terror, Mord, Verfolgung und Widerstand nur unangemessen oberflächlich möglich, ein Lernort unter den gegebenen Bedingungen jedoch keineswegs realisierbar ist und gefordert, dass dafür zusätzliche Fläche bereitgestellt werden muss.
- In einem Offenen Brief an den Bürgermeister haben zahlreiche anerkannte Historikerinnen und Historiker ebenfalls das von Quantum und Kulturbehörde vertretene Konzept scharf kritisiert.
- Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass Städte wie Münster, Berlin, München, Nürnberg, Köln und Düsseldorf in Gebäuden, die ähnlich wie das Stadthaus in Hamburg, Hauptquartiere des organisierten Nazi-Terrors waren, moderne und angemessene Dokumentations- und Erinnerungsorte geschaffen haben. Große Besucherzahlen dort belegen das Interesse der Menschen und die gesellschaftliche Notwendigkeit von Erinnerungskultur für Gegenwart und Zukunft.

»Als Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, deren Ehrenpräsidentin ich heute bin, habe ich selbst noch viele der in den Büros und Kellern Misshandelten kennengelernt. Nie konnten sie vergessen, was ihnen angetan wurde, nie konnten sie das Stadthaus von seiner schrecklichen Geschichte trennen. Wir denken an alle diejenigen, die genau wie wir sehr betroffen und unsagbar entsetzt sind, wie in Hamburg anscheinend der Konsum wichtiger ist als ein ehrenvolles Gedenken.«

Esther Bejarano

Wir fordern:

- Einen Lern-, Dokumentations- und Gedenkort, der diese Geschichte des Stadthauses, die zur Geschichte Hamburgs gehört, ins öffentliche Bewusstsein bringt,
- einen Raum für die Darstellung des antifaschistischen Widerstandes und die Würdigung der Widerstandskämpferinnen und Kämpfer,
- für diesen Lernort Stadthaus eine Fläche, in der zumindest die schon vorhandenen Ausstellungen und Inhalte angemessen präsentiert werden können,
- und als einen Schritt dazu die Durchsetzung des zwischen der Stadt und dem Investor Quantum geschlossenen Vertrages über 750 qm.

Wir schlagen daher für den an diesem zentralen Ort erforderlichen Dokumentations- und Lernort das Görtz'sche Palais am Neuen Wall vor, in dem u.a. die Leiter von Polizei, Sicherheitspolizei und Gestapo residierten und durch dessen Tor die Verhafteten und Inhaftierten auf den Gestapo-Hof gefahren wurden.

Wir sind nicht bereit, den respektlosen Umgang mit der Geschichte des Stadthauses hinzunehmen. Denn wir wollen nicht

denen recht geben, die die Nazi-Verbrechen zu einer Kleinigkeit bagatellisieren oder die daran Beteiligten als Vorbilder und Leitfiguren etablieren wollen.

In Hamburg muss sich die Glaubwürdigkeit antifaschistischer Bekundungen auch am Umgang mit dem Stadthaus messen lassen.

Was tun?

Mahnwachen: In der Regel findet an jedem Freitag von 17 bis 18 Uhr eine Mahnwache statt, die der Aufklärung der Passanten dient,

Informationen und Forderungen bitte weitergeben, insbesondere an Mitglieder der Parteien, die derzeit die Regierungsverantwortung haben (SPD und Grüne).

Spenden können Sie für unsere Aktivitäten auf folgendes Konto: VVN-BdA e.V. Hamburg, bei der Hamburger Sparkasse IBAN DE78 2005 0550 1206 1271 83, Stichwort: Stadthaus

Den kompletten Flyer der Initiative Gedenkort Stadthaus gibt es unter www.keine-stimme-den-nazis.org/images/PDF/Flyer_VVN_Mahnwache_November_2018_03_Druckversion.pdf. Hier finden sich auch die Namen der UnterzeichnerInnen des Aufrufs.

Temporäres Kunstobjekt am Stadthaus

Auf der letzten, erneut sehr beeindruckenden Kundgebung der Initiative am 8. November sprach auch Jascha-Bela Kretschmann von der studentischen Gruppe »How to Monument?« Von der Gruppe stammt ein provokatives Kunstobjekt, das bei der Firma Quantum und dem Senat auf keine Gegenliebe stieß und nach zwei Tagen wieder abgebaut wurde. Wir dokumentieren nachfolgend die Rede von Jascha Bela-Kretschmann und ein Foto des zum Nachdenken anregenden Objekts.

Wir sind Studierende der Architektur und des Designs und setzen uns aus dieser Perspektive mit dem Potenzial der Stadthöfe auseinander. Wir sehen hier das Potenzial, Geschichte nicht nur erzählen zu können. Dieser Ort bietet die Möglichkeit, Geschichte zu fühlen, sie zu empfinden.

Nirgends in Hamburg kann man sich besser dem Gedanken hingeben, dass Machtinstrumente der Nazis wie die GESTAPO und deren Gräueltaten einst Gegenwart waren, als beispielsweise beim Besuch des »Seufzergangs«.¹

Zurecht überkommt einen ein Schauer beim Vorbeischreiten an den Lichtschächten, die einst in die Zellen politisch Verfolgter reichten. Ein noch größerer Schauer allerdings überkommt mich, wenn ich sehe, dass jemand »Kopp hoch Chérie!« darauf schreibt ... und es sich dabei nicht um Schmierereien rechtsextremer Teenager handelt, sondern um einen Slogan des von der Stadt Hamburg ausgewählten neuen Eigentümers.

Für mich als Gestalter ist es unerklärlich, wie jemand dermaßen instinktlos handeln und eingreifen kann. Dieses Vorgehen dient allein dem Verfolgen profitorientierter Interessen und verliert einen ganz wesentlichen Aspekt völlig aus den



Temporäres Kunstobjekt am Tag des Offenen Denkmals am 8./9. September am Stadthaus

Augen. Aus diesem Defizit heraus haben wir einen Entwurf gefertigt, der diesen Missstand sichtbar machen soll. Wir richten das Augenmerk auf die aktuellen Umstände, bei denen die Etablierung eines neuen Trend-Standorts auf die Aufarbeitung von Geschichte trifft. Wir blicken auf den Widerspruch von Shopping und Gedenken.

Inspiziert von den Plänen der Kulturbehörde haben wir also ein Kunstwerk geschaffen und es vor dem Lesesaal platziert. Es handelt sich um eine gläserne Verkaufsvitrine, wie man sie aus Fußgängerzonen kennt. In eleganter Schrift trägt sie den Titel GESTAPO.

Wir stoßen Flaneure auf der Suche nach dem Shoppingvergnügen auf die dunkle Vergangenheit des Stadthauses. Und wir kritisieren, wie die Verantwortung für ein würdiges Erinnerung zum Verkaufsgegenstand wurde.

¹ Mit dem »Seufzergang« wurde der Weg von den Zellen zum Verhörraum bezeichnet.

Kulturtipp: '68. Pop und Protest



Foto/Flyer: Museum für Kunst und Gewerbe

So vieles jährt sich dieser Tage bzw. im Jahr 2018: 100 Jahre Novemberrevolution (worauf wir im letzten »BürgerInnenbrief« hingewiesen haben), 80 Jahre Reichspogromnacht, 50 Jahre ja was eigentlich? Der Aufbruch der rebellischen Jugend, »Studentenbewegung«, die APO auf ihrem Höhepunkt? Wie auch immer, das Museum für Kunst und Gewerbe (Steintorplatz) hat jetzt eine große Ausstellung unter dem Titel »68. Pop und Protest« eröffnet. Bis zum 17. März 2019 lassen sich in diesem Museum rund 200 Objekte begutachten, Antikriegsplakate, Möbel, Miniröcke, Sitzsäcke, Mao-Bibeln, die legendäre SPIEGEL-Kantine usw., halt alles, was aus Politik, Kultur, Film, Musik und Design dazugehörte.

»Die Ausstellung 68. Pop und Protest versammelt die entscheidenden Bilder, Filme, Texte und den Sound dieser Epoche zu einem komplexen Stimmungsbild«, heißt es auf der Homepage des Museums (www.mkg-hamburg.de/de/ausstellungen/aktuell/68-pop-und-protest.html – hier gibt es auch alle Angaben über das Begleitprogramm). Gezeigt wird, »was die Menschen 1968 bewegt hat – in Hamburg, Deutschland und der Welt: Das Bewusstsein für die eigenen Rechte und für die Möglichkeit, sie öffentlich in Form von Protest und Aufbegehren zu vertreten. Das Jahr 1968 wird erschüttert von dramatischen Ereignissen, die zu nationalen Protesten führen und revolutionären Ideen Rückenwind verleihen. Gleichzeitig beginnt eine weltweite kulturelle Revolution, die mit

viel Fantasie gegen konservative autoritäre Strukturen aufgeht, sexuelle Freiheit propagiert und die Gleichberechtigung aller Menschen fordert... Dazu kommt eine nie dagewesene Lust am kritischen Diskurs und am öffentlichen Streitgespräch. Der gemeinsame Nenner ist Hoffnung: Hoffnung, dass die Welt fairer, die Gesellschaft gerechter, der Mensch besser werden würde. Hoffnung, dass politische Unterdrückung endet, dass Grenzen überwunden werden, Mauern fallen und Sexualität keine Ausbeutung mehr kennen würde. Diese Ideen von Freiheit und Selbstbestimmung erneut im kollektiven Gedächtnis zu verankern, scheint heute wichtiger denn je.«

Diese Ankündigung verspricht also eine Menge interessanter Eindrücke und Erkenntnisse hinsichtlich der damaligen Ära. »Die Zeit« vom 25. Oktober mäkelte zwar ein bisschen: »Man bekommt vorgeführt, in welche Produkte das Jahr mündete, aber die Energie, die dafür nötig war, bleibt seltsam verborgen.« Nun denn, auch das kann geradezu als Einladung empfunden werden, die Präsentation an einem warmen Herbsttag (darunter scheint's ja nicht mehr zu gehen) zu besuchen und kritisch zu beäugen.

Der reguläre Eintritt beträgt 12,- Euro, mit gültigem Ausweis ermäßigt 8,- Euro, donnerstags ab 17.00 Uhr können alle für 8,- Euro hinein, bis 17 Jahre ist der Eintritt dann frei.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.